

Sonderausgabe

ISOR

aktuell

Informationsblatt der Initiativegemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger bewaffneter Organe und der Zollverwaltung der DDR e.V.

Nummer 4/94 * Infopreis 0,00 DM: * Gegen Spenden kein Einspruch * April 1994

WIDERSTAND ZEIGT WIRKUNG!
ISOR - Heimstatt für Erniedrigte und Gedemütigte
Einigungsvertrag mit Füßen getreten!
Weg mit der Sprachlosigkeit
PDS/LL-Initiativen zur Korrektur des Renten(un)rechts
Renten Kürzungen - Kollektiv- und Sippensühne
Was Persönlichkeiten ISOR wünschen!
"Beendet das grausame Spiel!"

Hallo, wie geht's?

von Astrid Karger

Eine Frage, die ich mir im Verlauf der Tätigkeit als Vorsitzende der ISOR zunehmend zu eigen gemacht habe. Das Zuhörenkönnen kann für den Betroffenen schon eine Erleichterung seiner psychischen Verfassung sein, die ihm hilft, zu begreifen, daß er nicht allein ist, daß an seiner Seite viele stehen, daß Solidarität, so wie wir sie immer begriffen haben - als Privileg, das wir aus der Geschichte der DDR geerbt haben - nicht vergessen ist.

Wir machen keinen Hehl daraus, daß die vorliegende Ausgabe von "ISOR aktuell" dazu bestimmt ist, neue Mitglieder zu gewinnen, zu zeigen, daß sich unser gemeinsamer Kampf lohnt, daß wir Verbündete gewinnen. Wenn Sie diese Ausgabe aufmerksam lesen, werden Sie verstehen, daß wir dabei nicht ganz erfolglos geblieben sind.

Und wir freuen uns, allen Mitgliedern und allen Betroffenen mitteilen zu können, daß ein erster Erfolg zu verzeichnen ist. Das höchste deutsche Sozialgericht, das Bundessozialgericht in Kassel hat entschieden, die Frage der Verfassungsmäßigkeit der Kürzung der MfS-Renten von 990,00 DM auf 802,00 DM dem Bundes-

Artikel 3
 Niemand darf wegen seines Geschlechts, seiner Abstammung seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauung benachteiligt oder bevorzugt werden.



NOTIZ ZUM THEMA GRUNDGESETZ

Zeichnung: Hermann Peters

verfassungsgericht zur Prüfung vorzulegen. Selbst hält es die Kürzung für verfassungswidrig. Das ist ein erster Sieg, auch ein wichtiger, aber noch nicht der Gewinn der Auseinandersetzung, die wir führen. Machen wir uns keine Illusionen, es kann dauern, niemand kann sagen, wie lange.

Das Urteil des BSG zeigt jedoch - es ist etwas in Gang gekommen. Und wir sind sicher, daß wir in diesem Kampf einiges zu gewinnen haben. Wir haben dabei vielen zu danken - unseren Rechtsvertretern, unseren Verbündeten in anderen ostdeutschen Organisationen, unseren Gesprächspartnern in den großen sozialrechtlichen Organisa-

tionen der alten BRD und nicht zuletzt den vielen Helfern in allen Ebenen unserer Gemeinschaft.

Natürlich galt es dabei, viele Hürden zu nehmen und Vorurteile zu überwinden. Wichtig ist aus meiner Sicht, daß zuhauft täglich ehrenamtlich gearbeitet wird, daß alles was notwendig ist, von Rentnern für Rentner erledigt wird.

Noch ist der Weg zu einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes lang, noch gilt es Geduld zu wahren. Keiner sollte müde werden und aufgeben. "Vorwärts, und nicht vergessen, die Solidarität" sang einst Ernst Busch.

Letztendlich appelliere ich an diejenigen, die meinen, noch abseits stehen zu müssen. Nicht selten ist Angst die Ursache für derartiges Verhalten, manchmal auch Scheu, sich erneut zu engagieren. Ich stelle mir aber auch die Frage: Ist diese Art der Verweigerung der Solidarität zu anderen gerechtfertigt? Und ob die Verantwortung für Fehler der Vergangenheit nur bei anderen zu suchen wäre oder ob wir uns nicht doch daran erinnern sollten, daß die Taktik des Teilens und Herrschens Nährboden für derartiges Verhalten ist und ob diese Taktik Spielraum bei uns finden soll.

Wer ist ISOR?

ISOR e.V. ist eine in der Öffentlichkeit wirkende sozialpolitische Initiativgemeinschaft, in der sich bisher mehr als 17.600 ehemalige Angehörige der Schutz- und Sicherheitsorgane der DDR und ihre Hinterbliebenen zum gemeinsamen Schutz ihrer sozialen Interessen, insbesondere zur Herstellung der Rentengerechtigkeit mit juristischen und politischen Mitteln, zusammengeschlossen haben. ISOR ist damit der größte sozialrechtliche Verein im Osten Deutschlands.

Gemäß Satzung arbeitet ISOR auf dem Boden des Grundgesetzes. Sie ist als Verein beim Amtsgericht Charlottenburg registriert.

ISOR arbeitet mit Organisationen zusammen, die sich dem Kampf für Gerechtigkeit in den neuen Bundesländern verschrieben haben, so dem Ostdeutschen Kuratorium der Verbände, der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde, den Rentnerinitiativen in den neuen Bundesländern. Sie unterhält Kontakte mit dem Bund der Ruhestandsbeamten, Rentner und Hinterbliebenen (BRH), zum Deutschen Bundeswehrverband u. a. gesamtdeutschen Organisationen, die sich gleichen oder ähnlichen Zielen verschrieben haben wie ISOR.

Sie ist zugleich Gesprächspartner von politischen Parteien in Deutschland, um sie zur Unterstützung der von ISOR verfolgten Ziele zu gewinnen. Unsere Organisation ist parteipolitisch unabhängig und gestaltet ihr Verhältnis zu den anderen politischen Kräften in unserem Lande nach dem Maß der Unterstützung für unsere Ziele.

H. Sp.

Unbeirrt zum Ziel

von Prof. Dr. Axel Azzola, Darmstadt

Nichts verdeutlicht die in den Köpfen und Gefühlen vieler Menschen fortdauernde Spaltung Deutschlands unmißverständlicher als einerseits die gesamtstaatlich durchgesetzte strafrechtliche Siegerjustiz und andererseits das Renten- und Versorgungsstrafrecht des AAÜG (Anspruchs- und Anwartschafts-Überleitungsgesetz).

Beides war und ist zunächst einmal ein politisches Problem des Einigungsvertrages und seiner unmittelbaren Folgen: Strafrechtlich hat die DDR mit der

Unterschrift unter den "Einigungsvertrag" diejenigen Menschen kollektiv an die Siegermacht Bundesrepublik Deutschland ausgeliefert, die zuvor der Rechtsordnung der DDR als Angehörige der Justiz und der bewaffneten Organe nach innen Geltung verschafft und dabei Handlungen begangen haben, die zwar dieser

Rechtsordnung entsprachen, aber gerade deshalb aus der Sicht des westdeutschen Teilstaates politisch mißbilligt wurden. Diesen Verrat haben die Regierung de Maiziere und die Mehrheit der Abgeordneten der Volkskammer in gleicher Weise zu verantworten, und niemand darf sich darüber wundern, daß der Siegerstaat und die Mehrheit seiner Amtswalter diese Lage rücksichts- und gewissenlos ausnutzen.

Kollektivstrafe für Staatsnähe

Was im Strafrecht von den Gerichten in schamloser Weise unter Mißachtung der Rechtsordnung der DDR

Zitat des Monats

Warum geht es uns nicht darum, nach 40 Jahren Unrecht und Rechtsunsicherheit für etwa 16 Millionen Menschen eine gerechte und humane Gesellschaftsform aufzubauen? Statt dessen wenden wir Methoden an, die eines "Jüngsten Gerichts" würdig sind, aber Verständnis, Einfühlung und vor allem Gerechtigkeit vermissen lassen. Maßstäbe, die wir niemals an bundesdeutsche Verhaltensweisen anlegen würden.

Richter Bernd Hahnfeld, Hamburg

durchgesetzt wird, ohne daß der Gesetzgeber tätig werden mußte, bedurfte im Renten- und Versorgungsrecht der ausdrücklichen gesetzlichen Regelung, die im Sommer 1991 im AAÜG ihren Ausdruck fand. Dieses Gesetz

- beseitigte alle in der DDR erworbenen versorgungsrechtlichen Ansprüche einschließlich aller dienstrechtlichen Entschädigungsansprüche für Dienstunfälle oder Berufskrankheiten und
- benachteiligte massiv alle als "systemnah" eingestuft Personen bei der Neuregelung des Rentenrechts im Vergleich zu den allgemeinen rentenversicherungsrechtlichen Regelungen; zugleich wurde und wird in einer differenzierten, auf eine Entsolidarisierung der Betroffenen abzielenden Weise vorgegangen: am Ende der Skala stehen die ehemaligen Angehörigen des MfS, deren Rentenansprüche teilweise das Niveau der Sozialhilfe kaum übersteigen.

Noch drastischer ist der Gesetzgeber mit den Ausgleichsansprüchen für Dienstunfälle umgegangen, die im Ergebnis ersatzlos gestrichen wurden, selbst wenn sie zeitweilig als Erwerbsunfähigkeitsrente gewährt werden. Diese Leistungsausgrenzung macht klar, daß der Dienst in und für die DDR "nichts wert" war, weshalb Ausgleichsleistungen für dienstlich erlittene Schädigungen nicht zu gewähren seien.

Natürlich könnten alle diese Probleme ohne weiteres politisch, d.h. durch Gesetzgebungsakte, korrigiert werden, und niemand sollte übersehen, daß es schon jetzt erste, wenn auch unbefriedigende politische Erfolge gibt. So hat das 1. Ergänzungsgesetz zum RÜG (Rentenüberleitungsgesetz) gewisse Erleichterung bewirkt, die allerdings nur bei einem sehr kleinen Personenkreis zum Tragen kommen. In Bonn und in den Parlamenten der neuen Bundesländer hält aber die Diskussion an, und die Zahl der Politiker, die eine grundlegende Änderung für geboten erachten, nimmt ständig zu. Dabei geht es heute im Gegensatz zu früher auch um versorgungsrechtliche und nicht nur um rentenrechtliche Neuregelungen, was noch vor 2 Jahren schlechterdings unvorstellbar war.

Kampf um gerechte Renten im Wahljahr

Wie erfolgreich dies alles im Ergebnis sein wird, hängt in erster Linie von dem Verhalten der Betroffenen ab. Deren Sache ist es, die Politiker aller im Bundestag vertretenen Parteien und die verantwortlichen Landespolitiker ständig mit diesen Problemen und mit sachgerechten Problemlösungen zu konfrontieren, wie dies in letzter Zeit vermehrt geschehen ist. Auch müssen die Betroffenen speziell in einem Wahljahr unzweideutig erkennen lassen, daß sie einer Partei, die an irgendwelchen Elementen eines Renten- und Versorgungs-

strafrechts weiterhin festhält, ihre Stimme nicht geben werden.

Schließlich können und müssen die Betroffenen ihr Recht auch vor Gericht suchen. Das Beschreiten des Rechtsweges ist zwar beschwerlich und langwierig, es ist aber keineswegs zwecklos. Die Politik kann die wachsende Zahl sozialgerichtlicher Klagen weder übersehen noch ohne Sorge betrachten. Allerdings kann durch das Beschreiten des Rechtsweges nur das verfassungsrechtlich Gebotene erreicht werden.

BSG: Rentenkürzung auf 802 DM - verfassungswidrig

Auch insoweit kommt es auf die Geschlossenheit und die Solidarität der Betroffenen an, die in der ISOR über eine beachtliche und weithin auch beachtete Organisation verfügen. Nur mit Hilfe dieser Organisation konnte eine zentrale Prozeßführung erreicht werden, was nicht hoch genug eingeschätzt werden darf. ISOR ist mittlerweile bei allen Sozialgerichten der neuen Bundesländer bekannt und wird oft auch anerkannt. Wohldurchdachte Gutachten und Schriftsätze haben diesen langsamen Wandel zum Besseren bewirkt. Nichts verdeutlicht diesen Wandel unmißverständlicher als der Vorlagebeschluß des Bundessozialgerichts vom 30. März 1994 zu § 10 Abs. 2 AAÜG. In diesem Beschluß folgt das Bundessozialgericht unserer Auffassung, daß die Kürzung der Rentenleistung von 990 auf 802 DM mit dem Grundgesetz nicht vereinbar ist. Dieser wohlbegründeten Auffassung waren zuvor nur die Sozialgerichte in Rostock und Halle gefolgt, während alle anderen Sozialgerichte mehr oder weniger unverhohlen dieses Rentenstrafrecht für verfassungsrechtlich unbedenklich erachtet hatten. Diesen Gerichten hat das BSG eine Lektion erteilt.

Mit dem Vorlagebeschluß des BSG liegt ein wichtiger verfahrensrechtlicher Zwischenschritt hinter uns. Vor uns liegt die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, die allerdings schon aus verfahrenstechnischen Gründen in diesem Jahr nicht mehr ergehen kann. Das ist für viele Betroffene bitter, aber unvermeidbar. Zugleich darf nicht übersehen werden, daß die rechtliche Auseinandersetzung im Kern schon immer gegen die weitergehenden Diskriminierungen der §§ 6 Abs. 2 und 3 sowie 7 Abs. 1 AAÜG geführt wurde.

Wie weiter?

Deshalb kommt es jetzt in erster Linie darauf an, daß so schnell wie möglich Richtervorlagen zur Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit der §§ 6 Abs. 2 und 3 sowie 7 AAÜG in Karlsruhe vorgelegt werden. Dann erst werden wir das für unsere Arbeit wichtigste Zwischenziel erreicht haben, und das wird noch ein beschwerlicher Weg sein, der weitere Zeit beansprucht. Eine Verfassungsbeschwerde werden wir

einreichen, falls eine abschlägige Entscheidung des Bundessozialgerichts zu § 6 Abs. 2 und 3 oder zu § 7 AAÜG ergehen sollte. Dieses Ziel verfolgen wir mit allen verfahrensrechtlich zulässigen und der Beschleunigung dienlichen Mitteln.

Damit steht fest, daß vor uns allen eine arbeitsreiche und spannende Zeit liegt. Politisch gesehen insbesondere wegen der im Herbst anstehenden Bundestagswahl; rechtlich gesehen, weil sich endlich die Entscheidungssituation beim Bundesverfassungsgericht zuspitzt. Dabei besteht mehr Anlaß zu Hoffnung als Anlaß zu Zweifel und keinesfalls Anlaß zu Resignation.

(Zwischenüberschriften: Redaktion)

Kampf um Rentenrecht ist Menschenrecht

Was wünsche ich ISOR?

Was soll sich hinter dieser Überschrift verstecken, die mir als Frage übermittelt wurde, ob ich nicht einen kurzen Artikel schreiben würde für jene ISOR-Informationen, die ich seit geraumer Zeit als eine streitbare Schrift zur Vertretung der Interessen der ehemaligen Angehörigen der bewaffneten Organe der DDR kenne? Soll ich ISOR mehr Mitglieder wünschen oder nicht besser eine Beendigung jener finsternen deutschen Zustände, die es nötig machen, daß ISOR energisch um in einem Rechtsstaat eigentlich selbstverständliche Rechte kämpfen muß? Sei es, wie es sei.

Jeder Staat hat Kräfte zur Gewährleistung der öffentlichen Ordnung und der äußeren Sicherheit. Sie sind nicht neutral, sondern haben ihren Eid der jeweiligen Staatsform oder sogar Regierung geleistet. Sie sind - je nach Staatsziel und -praxis - in unserem Jahrhundert oft in Verbrechen gegen die Menschlichkeit verwickelt gewesen und unterliegen Sanktionen entsprechend der Normen des Völkerrechts, wie sie die Nürnberger Prozesse verdeutlichten. Wer das als Vorsitzender einer Menschenrechtsorganisation nicht unterstützt, ja fordert, hat verkannt, daß durch die Anwendung militärischer Gewalt oder auch "nur" die repressive Ausübung struktureller Gewalt schutzlosen Menschen unerträgliche Lasten aufgebürdet werden, die eine schwere Schuld von Regierenden und ihren Machtorganen ausmachen, die nicht in die Belanglosigkeit von politischen Kavaliersdelikten abdriften darf. Ich kann es nicht gut finden, wenn hohe Nazis ihre Pensionen weitergezahlt bekamen nach dem 2. Weltkrieg; und wenn ich das nicht gut finde, dann streite ich nicht hinter dem Schild und Banner der Wertneutralität der Renten für Rentengerechtigkeit. Denn das Ungeheuerliche ist nicht nur, daß diese Nazis ihre hohen Pensionen bekamen und noch bekommen, sondern daß die bewaffneten Kräfte der DDR mit demselben Argument, mit dem man den Nazis die Pensionen weiter-

zahlte, um ihre verdienten Renten gebracht werden sollen. Man erklärt es rückwirkend für einen Fehler, daß man den Nazis diese Pensionen weiterzahlte, ohne auch nur in einem einzigen noch aktuellen Falle daran etwas geändert zu haben, und schwört nun, diesen Fehler nicht noch einmal machen zu wollen. Damit hat man die DDR-Armee, Grenztruppe, Staatssicherheit und Polizei, die keinen einzigen Krieg geführt haben und gegen die es keine einzige offizielle Menschenrechtsbeschwerde zu Zeiten ihrer Existenz bei der UNO gab, mit den Militärs und entsprechenden Organen der Nazis gleichgestellt. Ich wünsche den Mitgliedern von ISOR, das mit immer größerem Engagement nicht zu ertragen. Anders gesagt, ich wünsche ISOR die eigenen Erfahrungen mit 41 Jahren DDR-Geschichte in den Kampf um Rentengerechtigkeit einzubringen, die auf jeden Fall nicht die Erfahrungen einer totalitären Diktatur sind, denn wie sollte man sonst erst den Umgang der Bundesrepublik mit der DDR nach dem Beitritt nennen.

Damit ich nicht falsch verstanden werde. Ich bin nicht der Meinung, daß in der DDR nicht auch Unrecht geschah. Und ich bin nicht der Meinung, daß die Bundesrepublik eine totalitäre Diktatur ist. Zuviel gibt es hier, was man heftig verteidigen muß gegen weit Schlimmeres und Drohendes, leider oft auch gegen die eigene Regierung. Aber ich bin der Meinung, daß diese Bundesrepublik keine moralischen Werte hervorgebracht hat, die sie auch nur im geringsten ermächtigt, andere oder auch die DDR-Bürger mit dem Vorwurf des Totalitarismus zu verfolgen. In Wirklichkeit ist das nicht nur eine Beschimpfung der DDR und ihrer Bürger, es ist eine Beschimpfung von -zig Staaten der Welt, die keineswegs einen besseren Menschenrechtsstandard als die DDR hatten oder haben - und die Ironie dabei ist, daß die Bundesrepublik garantiert zu ihnen gehört. Wer sich einseitige Schuld aufladen oder einreden läßt, wer sich nicht mehr frei zu sich selbst verhalten kann, aus Angst vor der Unbotmäßigkeit seiner eigenen Gedanken, betreibt letztlich das Geschäft derjenigen, die ihn demütigen wollen, wenn auch unbewußt, so eben doch mit. Je mehr völlig unberechtigt erzwungene Schuldbekennnisse öffentlich herumlaufen, desto mehr verzerrt sich auch dadurch das Bild der DDR und die Achtung vor dem eigenen Leben.

Ich wünsche ISOR deshalb immer mehr Mitglieder, die aufrecht, wenn auch sehr kritisch mit der Geschichte und sich selbst umgehen, aber die auch das kritische Verhältnis zu jenem anderen Teil deutscher Geschichte sich bewahren, dessen ebenso folgerichtiges wie menschenrechtsverachtendes Ergebnis es ist, daß sie nun nicht als Brüder und Schwestern, sondern als Verfolgte oder zumindest Betroffene und Opfer in dem einigen Deutschland leben und einen legitimen Anspruch auf Wiedergutmachung haben.

Prof. Dr. Wolfgang Richter

Vizepräsident des Ostdeutschen Kuratoriums der Verbände und Vorsitzender der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde (GBM)

Was wünsche ich ISOR?

In meiner Kindheit kamen einbeinige oder einarmige Männer auf unsere Hinterhöfe und sie spielten die Drehorgel für einen Sechser, mehr hatten unsere Mütter nicht, aber den durften wir in Papier gewickelt aus dem Fenster werfen. Die Drehorgel war der Dank des Vaterlandes für Kriegsdienst und den Verlust des "bürgerlichen Lebens".

Ein ähnlich unwürdiges Schauspiel bietet Deutschland gerade wieder. Wer die DDR verteidigt hat, ob in Arme, ob beim Zoll, mit einem Buch oder einem Bild, der unterliegt dem strafenden Rentenrecht, eine Neuheit in der Politik. Ob mir jedes dritte Buch mißfällt, ob ich die Liste der verbotenen Einführungen empörend, ob ich unsere jungen Soldaten lustlos fand, das alles hat in solchem Rechtszusammenhang nicht die geringste Rolle zu spielen.

Wir haben für unsere Altersversorgung gearbeitet, gezahlt, Rechte erworben. Ich bestehe darauf, daß ich als Künstlerin mit gleichen Augen angesehen werden wie jemand, der in welchem Zusammenhang auch immer, anderen Dienst für sein Vaterland geleistet hat, das es nun nicht mehr gibt.

Der Sieger schleift die Besiegten nach Belieben. Solange es dafür auch nur die geringste Chance gibt, hat man sich dagegen zu wehren - wie ISOR.

Mit geradem Rücken.
Ich bin dabei und dafür

Gisela Steineckert, Schriftstellerin

* * *

Ich wünsche ISOR, daß ihr unterschiedenes Wirken gegen die Anwendung strafrechtlicher Verfahren im Sozial- und Rentenrecht und gegen die pauschale soziale Diskriminierung der Angehörigen der Schutz- und Sicherheitsorgane der ehemaligen DDR erfolgreich ist.

Ich wünsche ISOR eine ansteigende gesellschaftliche Akzeptanz, denn ISOR leistet einen entscheidenden Beitrag gegen den allgemeinen Sozial- und Demokratieabbau, von dem nahezu alle betroffen bzw. bedroht sind.

Ich wünsche ISOR aber auch, daß ihr Weg, diesen Kampf mit dem

sachlich-differenzierten Umgang mit der DDR und unserer Vergangenheit zu verbinden, immer mehr Zuspruch findet, denn sie ist alternativlos.

Da aber - gerade wegen der wachsenden gesellschaftlichen Bedeutung von ISOR - die Angriffe und Verleumdungen gegen ISOR noch eskaliert werden, wünsche ich im besonderen Maße ISOR viel Kraft und viele gute Freunde, auf die Ihr Euch verlassen könnt. Zu den vielen, die Ihr in der PDS schon habt und die Euch auf Eurem Weg immer unterstützen werden, gehöre ich.

Dr. sc. Peter-Rudolf Zott,
Vorsitzender der PDS-Fraktion im
Abgeordnetenhaus von Berlin

* * *

Im gemeinsamen Wirken gegen Rentenungerechtigkeit habe ich die Frauen und Männer von ISOR kennengelernt. Stets habe ich ihre Einsatzbereitschaft, ihre Sachlichkeit und wachsende Sachkenntnis auch in komplizierten Fragen geschätzt. Dieses Eintreten für die Betroffenen ist ein wichtiger Beitrag, um den Graben zuzuschütten zwischen den beiden Rentenvölkern in Ost und West. Noch nie lag es in Deutschland sozial so im Argen wie gegenwärtig. Dem Widerstand entgegenzusetzen ist ein verfassungsmäßiges Recht. Vor allem dann, wenn sie in so drastischer Weise sozial ausgegrenzt werden, wie die Mitglieder von ISOR aus den Schutz- und Sicherheitsorganen der DDR. Von der Ehrabschneidung zum Abs Schub in die Sozialhilfe reicht die Palette der Ausgrenzung. Diese Ausgrenzung verletzt die Menschenwürde, führt zu Sippenhaft und vertieft die soziale Spaltung. Das Eintreten für Gerechtigkeit ist Behüten des Lebens und der Freiheit der Bürger.

Dr. Fritz Rösel
Förderkreis Senioren der GBM

* * *

Da ich alle Formen des legalen politischen Widerstandes gegen die soziale, politische und juristische Diskriminierung von DDR-Bürgern für notwendig erachte, habe ich von Anfang an die Gründung und

die Aktivitäten von ISOR begrüßt und unterstützt, obwohl ich noch einige Jahre bis zur Rente vor mir habe. Ich bin der Überzeugung, daß jeder potentiell vom Renten- und Sozialstrafrecht der BRD Betroffene aktive Solidarität üben muß und durch eine Mitgliedschaft - besser noch Mitarbeit - bei ISOR zur Durchsetzung des uns früher so selbstverständlichen Gedankens der Solidarität beitragen sollte. Unsere Organisationen arbeiten auf verschiedensten Feldern der Durchsetzung der legitimen Rechte von Bürgern der DDR, die nach den Gesetzen ihres Staates gehandelt haben, aber uns vereinen vielfältige gemeinsame Interessen. Laßt uns weiterhin zusammenstehen!

Klaus Eichner,

1. Sprecher des Insiderkomitees
zur Aufarbeitung der Geschichte
des MfS e.V.

* * *

Euer Tun und Handeln ist für mich ein Beispiel von Opposition und Widerstand.

Die ISOR hat sich seit ihrer Gründung für Hunderttausende von sozial ausgegrenzten ehemaligen DDR-Bürgern eingesetzt und nicht unbedeutende Ergebnisse bisher erreicht. Die Kraft für Erfolge im Kampf um ein Rentenkorrekturgesetz, um die gesellschaftliche Akzeptanz aller "Ehemaliger", um deren soziale Sicherheit im Alter, erwächst aus der zahlenmäßigen Stärke Eures Vereins.

Ich wünsche Euch deshalb:

1. Viele neue Mitglieder;
2. klare Zielstellungen für gewaltfreien Widerstand gegen Ungleichbehandlung;
3. ein konkurrenzfreies Zusammengehen mit den "Ehemaligen" im Bundeswehrverband.

Landtagsabgeordneter
des Brandenburger Landtages
Prof. Dr. sc Bernhard Gonnermann

* * *

Im Ringen um die Sicherung der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung der DDR gegen das Rentenstrafrecht wünschen wir dem Vorstand und allen Mitgliedern der ISOR Mut, Stand-

haftigkeit, solidarisches Miteinander und Ausdauer sowie baldige spürbare Erfolge auf dem juristischen Weg zum Bundesverfassungsgericht.

Rentenstrafrecht und politische Strafverfolgung gegen ehemalige

DDR-Bürger wegen ihrer verfassungsgemäßen Arbeit im Dienste des legitimen Staates DDR sind Ausdruck von Siegermentalität und Rachsucht von Kreisen, denen der Rechtsstaat nicht mehr als eine Worthülse bedeutet.

In solidarischer Verbundenheit

Gesellschaft zur rechtlichen und
humanitären Unterstützung e.V.
Der Vorstand

* * *

Was halte ich von ISOR?

Da ich zu den Mitbegründern von ISOR gehöre, beantwortet sich die obige Frage eigentlich von selbst.

Unsere Initiativgemeinschaft sorgt sich und ringt von ihrer Gründung an um die sozialpolitischen Rechte der Angehörigen der ehemaligen bewaffneten Organe der DDR wie keine andere Kraft in diesem Lande. Deshalb finden wir nicht von ungefähr immer mehr Vertrauen und Zuspruch bei den Tausenden von Betroffenen. Parteien, Politiker, Vereinigungen, ja selbst jene, die für das derzeitige Rentenstrafrecht Verantwortung tragen, müssen sich mit unseren Forderungen befassen. Unsere gerechten Ansprüche sind zu wichtigen Wahlprüfsteinen im Jahre 1994 geworden.

Als ehemaliger NVA-Angehöriger werde ich mit aller Kraft für unser aller Recht eintreten. Das aber kann ich mit gutem Gewissen und in ehrlicher Gemeinschaft nur bei ISOR an der Seite vieler Freunde und Genossen verwirklichen.

Generalmajor a. D. der NVA
Prof. Dr. Werner Wunderlich

* * *

ISOR ist im Kampf gegen den Mißbrauch des Renten- und Versorgungsrechts als Surrogat strafrechtlicher Verfolgung und Ausgrenzung entstanden.

Unser Ziel besteht in der Wiederherstellung der Neutralität des deutschen Rentenrechts, der Herstellung sozialer Gerechtigkeit und Gleichheit aller Bürger der ehemaligen DDR im Sozialrecht, und das natürlich auch für die ehemaligen Angehörigen der bewaffneten Organe der DDR. Bis dieses Ziel erreicht ist, brauchen wir ISOR als Organisation gegenseitiger Hilfe und Solidarität. Und so wünsche ich ISOR ein weiteres Erstarren und einen gleichberechtigten Platz im Kreis der Verbände, die

sich im Ostdeutschen Kuratorium zusammengeschlossen haben.

Zollhauptinspekteur a.D.
Prof. Dr. sc. jur. Horst Bischoff

* * *

Die Gründung von ISOR war eine wichtige Maßnahme für das konsequente und effektive Wirken aller ehemaligen Angehörigen der bewaffneten Organe der ehemaligen DDR gegen Ausgrenzung, Diskriminierung und soziale Ungerechtigkeit.

Im engen Schulterschuß mit weiteren Verbänden, Organisationen und Vereinigungen ist der engagierte Einsatz aller Mitglieder für die Beseitigung der Ungerechtigkeit im Rentenrecht und die Durchsetzung der lt. Grundgesetz jedem Bürger garantierten Rechte und Gleichstellung erforderlich.

Oberst a. D. der NVA
Prof. Dr. med. habil Roland Kalthoff

* * *

Das Anliegen von ISOR, die sozialen Rechte der ehemaligen Angehörigen der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung der DDR zu schützen, führte auch dazu, daß die am stärksten Ausgegrenzten sich in enger Freundschaft und Solidarität zusammenfanden.

Ich bin selbst eine Betroffene und sehr froh, daß es ISOR gibt. Nur vereint sind wir stark, und deshalb möchte ich alle, die bisher noch nicht den Weg zu uns gefunden haben, aufrufen, in ihrem eigenen Interesse Mitglied von ISOR zu werden.

Charlotte Staudte
TIG Dresden

* * *

Unter den schwierigen Bedingungen der Nachwendzeit in's Leben gerufen, hat sich die ISOR trotz übelster Angriffe und Verleumdungen zu einer stabilen und tatkräftigen

Interessenvertretung ehemaliger Angehöriger der NVA, der Grenztruppen, des MfS, der VP und der Zollverwaltung entwickelt.

Gemäß ihrer Satzung dem Kampf für soziale Gerechtigkeit verpflichtet, wurde schon vielen Mitgliedern durch Rat und Tat geholfen, sich gegen Willkür und Beamtenbürokratie erfolgreich zur Wehr zu setzen.

Alle bisherigen Erfolge, die dem einzelnen Mitglied bzw. einer bestimmten Gruppe zugute kamen, vermitteln zugleich für alle Mitglieder die Erkenntnis, daß sich die Ausgegrenzten durchaus nicht resignierend mit ihrem Schicksal abfinden müssen, sondern, daß es geboten ist und daß es sich lohnt, mit Beharrlichkeit und Konsequenz um sein Recht zu streiten.

In der ISOR, in der auch solidarisches Miteinander und Füreinander wieder mit neuem Leben erfüllt wurde, haben wir eine solide Basis für die sicher künftig noch komplizierter werdenden sozialen Auseinandersetzungen.

Tun wir alles Nötige, um weitere Mitglieder zu gewinnen und damit die Stimme und das Gewicht unserer Organisation noch mehr zu stärken.

Generalleutnant a. D. (GT)
Karl Leonhardt

* * *

Gegen alle Angriffe hat ISOR die Legitimität und Existenznotwendigkeit erfolgreich behauptet.

Vielen Mitgliedern und Sympathisanten vermittelt sie Kraft und gibt praktische Hilfe im Kampf gegen das Rentenstrafrecht.

Ich wünschte mir allerdings, daß noch viel mehr ehemalige Mitarbeiter bewaffneter Organe aktive Mitglieder werden und ISOR selbst